

Koalitionsgespräche

CDU und SPD vor der Zielgeraden

CDU und SPD setzten Koalitionsverhandlungen fort

erstellt 04.04.11, 11:31h, aktualisiert 04.04.11, 17:25h

Magdeburg/dpa. Kurz vor der ersten Zusammenkunft des Koalitionsausschusses von CDU und SPD nähern sich die Verhandlungen der Zielgeraden. Nach dem Kompromiss zu den Gemeinschaftsschulen standen am Montag unter anderem die Bereiche Justiz und Soziales auf der Tagesordnung. Parallel demonstrierten rund 100 Studenten gegen eine Verlagerung des Hochschulressorts in das Wirtschaftsministerium.

An diesem Mittwoch soll erstmals der Koalitionsausschuss von CDU und SPD tagen. Dabei handelt es sich um das Spitzengremium einer Koalition, das gewöhnlich bei Streitfällen und besonders wichtigen Vorhaben nach Zustandekommen eines Bündnisses tagt. Der derzeitige vorläufige Koalitionsausschuss hat zehn Mitglieder.

«Die Gespräche mit der CDU verliefen konstruktiv und zielorientiert», sagte die SPD-Verhandlungsführerin für die Justiz, Angela Kolb. Besonders wichtig seien ihr die einvernehmliche Position zur Fortschreibung eines interministeriellen Opferschutzberichts und der Stärkung vorbeugender Maßnahmen bei jugendlichen Straftätern.

Widerstand gegen Planspiele aus den Reihen von CDU und SPD gab es am Montag von Studenten. Sie skandierten vor dem Landtagsgebäude in Magdeburg «Lehre ist frei» und «Ich bin mehr als ein Produkt». Aufgerufen zu dem Protest gegen die Verlegung der Hochschulen vom Kultus- in das Wirtschaftsressort hatte der Studentenausschuss der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

Kultusministerin Birgitta Wolff (CDU) sagte am Rande der Demonstration, sie habe sich noch gar nicht auf eine Änderung des Ressortzuschnitts festgelegt. Wolff gilt als mögliche neue Wirtschaftsministerin und wäre dann auch weiterhin für die Hochschulen zuständig. Sie wolle die Position der Hochschulen und der Wissenschaft stärken, sagte Wolff. Vorteil einer Verlagerung könne sein, dass die Forschung die Ressourcen der Wirtschaft besser nutzen könne.

Ein Sprecher der Demonstranten sagte hingegen, Bildung gehe über die reine Berufsbildung hinaus. Die Studenten befürchteten, dass Kürzungen in den Hochschuletats künftig verschleiert werden könnten. Zudem dürfe der Staat die Unabhängigkeit der Wissenschaft nicht aufgeben.

Auch Linksfraktionschef Wulf Gallert sagte: «Die Wissenschaft verstärkt unter Kuratel der Wirtschaft zu stellen, birgt die erhebliche Gefahr, nur noch schnell vermarktbareren Forschungsergebnissen hinterher zu hecheln.» Damit sei auch die Grundlagenforschung bedroht.

In den Koalitionsverhandlungen von CDU und SPD ist die Verlegung der Ressortzuständigkeit ein wichtiges Thema. Dabei gibt es nach Angaben von Wolff auch innerhalb beider Parteien noch unterschiedliche Meinungen. Gegen die Pläne haben sich neben der GEW auch die Studentenvertretung der Uni Magdeburg und die Grünen ausgesprochen.

Ein weiterer Knackpunkt der Koalitionsverhandlungen ist die Betreuung von Kleinkindern. Hierzu wurden zunächst keine Kompromisse bekannt. Vergangene Woche hatten sich die Unterhändler auf die Schaffung von Gemeinschaftsschulen verständigt, was die CDU lange abgelehnt hatte. Für den 14. und 16. April sind Parteitage anberaumt, die die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen absegnen müssen.

Direkter Link zum Artikel: '<http://www.mz-web.de/artikel?id=1301894283887>'
